Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8592**
14. Wahlperiode 19. 03. 2002

Antrag

der Abgeordneten Wolfgang Bosbach, Erwin Marschewski (Recklinghausen), Norbert Geis, Sylvia Bonitz, Meinrad Belle, Wolfgang Zeitlmann, Günter Baumann, Dr. Joseph-Theodor Blank, Hartmut Büttner (Schönebeck), Martin Hohmann, Hartmut Koschyk, Beatrix Philipp, Hans-Peter Repnik, Dr. Klaus Rose, Dietmar Schlee, Thomas Strobl (Heilbronn), Dr. Hans-Peter Uhl, Hans-Otto Wilhelm (Mainz) und der Fraktion der CDU/CSU

Aufbau eines zusätzlichen sicheren Computernetzes für Einrichtungen des Bundes, der Länder sowie wichtiger Infrastruktureinrichtungen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Angriffe auf die Computernetzwerke des Internets in den letzten Jahren haben gezeigt, wie anfällig diese Strukturen gegen gezielte Störungen von außen sind. Von diesen Angriffen sind sowohl der öffentliche als auch der private Sektor, Behörden, Unternehmen wie auch Privatleute betroffen. Mittlerweile ist es aufgrund der technischen Entwicklungen möglich, eine Cyber-Attacke mit handelsüblichen Computern durchzuführen. Ziele solcher Attacken könnten neben Behörden insbesondere lebenswichtige Infrastruktureinrichtungen für Telekommunikation, Elektrizitäts-, Öl- und Gasversorgung sowie das Verkehrswesen sein. Da diese Einrichtungen für einen modernen Staat von existentieller Bedeutung sind, müssen sie besonders geschützt werden. Schutzbedürftig sind dabei nicht nur technische Anlagen, sondern insbesondere Kommunikationseinrichtungen, da diese durch gezielte Angriffe zumindest zeitweise außer Betrieb gesetzt werden könnten. Solche Betriebsstörungen stellen eine Gefahr für die Bevölkerung und für die öffentliche Sicherheit dar und müssen daher im Vorfeld weitestgehend ausgeschlossen werden.

Gerade die Terroranschläge des 11. September 2001 in den USA haben gezeigt, wie wichtig es ist, zukünftig ein besonderes Augenmerk auch auf die Sicherheit von Kommunikationseinrichtungen zu legen, die ein leicht erreichbares, dafür aber umso effektiveres Ziel von elektronischen Anschlägen auch kleinerer Terroreinheiten sein könnten. Vor diesem Hintergrund erscheint der Aufbau eines besonders sicheren Computer- und Datennetzwerkes für Einrichtungen des Bundes, der Länder sowie wichtiger Infrastruktureinrichtungen sinnvoll. Dieses Netz sollte unabhängig von den bisherigen Netzen aufgebaut werden, um eine größtmögliche Sicherheit zu garantieren. Das Netz sollte dem innovativen Stand an Flexibilität, Integrität und Datensicherheit, wie beispielsweise einem Sicherheits-UMTS-Netz für geschlossene Nutzergruppen entsprechen.

Die USA haben mittlerweile begonnen, ein zusätzliches Computernetz aufzubauen, um vor Cyber-Angriffen besser geschützt zu sein. Auch die Bundesrepublik Deutschland ist als hochtechnisierte Industrienation in besonderer

Weise den Gefahren eines elektronischen Angriffs ausgesetzt. Ein zusätzliches Computersystem könnte den angeschlossenen Behörden im Falle einer elektronischen Attacke oder eines Katastrophenfalles zur Verfügung stehen, wenn die normalen Systeme ausgefallen sein sollten. Dies ist auch für den Schutz der Zivilbevölkerung von größter Bedeutung. Die bisherigen Bemühungen der Bundesregierung reichen derzeit – schon mangels redundanter Systeme mit Zugriffen auf unterschiedliche Server – bei weitem nicht aus, die öffentliche Sicherheit bestmöglich zu gewährleisten und die Widerstandsfähigkeit der Computer- und Kommunikationsnetze aufrechtzuerhalten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ein Computer- und Datennetzwerk auf neuestem Stand der mobilen (UMTS) oder kabelgebundenen Sprach- und Datenkommunikation zu entwickeln, das von den bisherigen Netzwerken getrennt funktioniert und im Falle einer Störung der vorhandenen Netzwerke unabhängig betrieben werden kann;
2. sämtlichen Bundes- und Länderministerien sowie wichtigen, für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung relevanten Behörden Zugang zu diesem neuen Netzwerk zu eröffnen;
3. die Kommunikation der verschiedenen angeschlossenen Behörden sowie weiterer wichtiger Infrastruktureinrichtungen in Notsituationen sicherzustellen;
4. verschiedene redundante Systeme in das aufzubauende Netzwerk zu integrieren und wichtige Daten auf mehreren Servern zu verteilen, um eine größtmögliche Datensicherheit und -verfügbarkeit zu gewährleisten;
5. die Sicherheit des Netzwerkes ständig zu überprüfen und gegebenenfalls durch zusätzliche Infrastrukturen weiter abzusichern;
6. auf eine strenge Trennung der bereits bestehenden und dieser neuzuschaffenden Einrichtungen bzw. Systeme zu achten, um etwa ein Übergreifen von Hackerangriffen und Viren auf das neue Netzwerk zu verhindern;
7. beim Aufbau des Netzwerkes Erfahrungen der amerikanischen Regierung bei der Entwicklung eines ähnlichen System in den USA zu berücksichtigen;
8. den Arbeitsauftrag der Task Force „Sicheres Internet“ der Bundesregierung entsprechend zu ergänzen, damit der Netzaufbau fachlich überwacht und begleitet werden kann.

Berlin, den 19. März 2002

Wolfgang Bosbach
Erwin Marschewski (Recklinghausen)
Norbert Geis
Sylvia Bonitz
Meinrad Belle
Wolfgang Zeitlmann
Günter Baumann
Dr. Joseph-Theodor Blank
Hartmut Büttner (Schönebeck)
Martin Hohmann
Hartmut Koschyk
Beatrix Philipp
Hans-Peter Repnik
Dr. Klaus Rose
Dietmar Schlee
Thomas Strobl (Heilbronn)
Dr. Hans-Peter Uhl
Hans-Otto Wilhelm (Mainz)
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333